

STADTARCHIV MANNHEIM
Archivations-Zugang 24 / 1922 Nr. 1182



Stolzenberger



Schnellhefter

Dr. Dr. h. c. Herr ~~america~~
Dr. Heinz C. Otto
Rechtsanwältin
(17a) Heidelberg
Neuenheimer Landstr. 4

996/49

Philipp Dürr

Heidelberg, Weberstr. 13

Allg. Beratung

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 50 / 19 79 Nr. 666

Geschäftsheftung

Kinnakun

30/3/49 Kinnakun

PM 200 -

Philipp Jürr
- 996 -

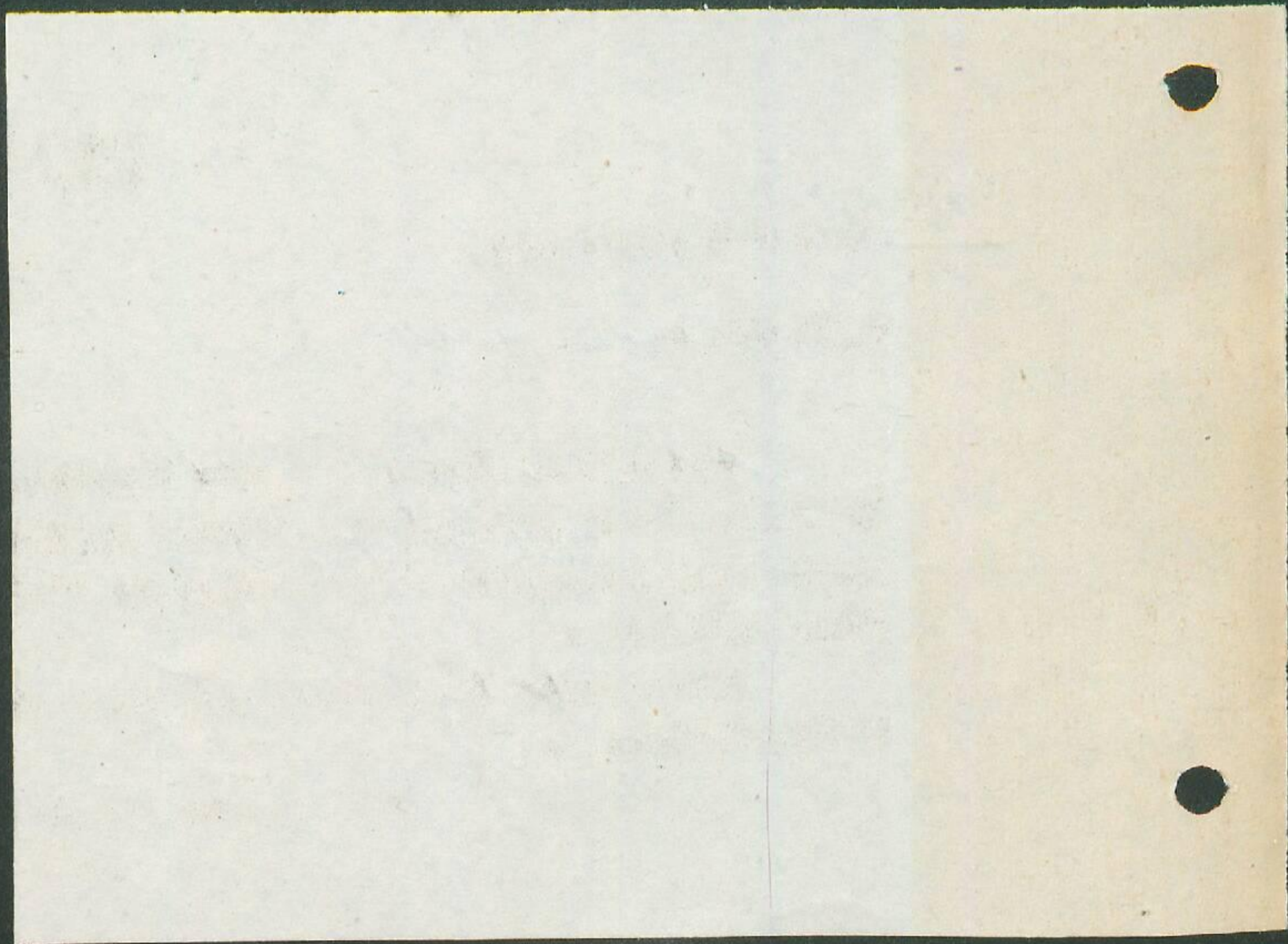
IM 200. -

Konrad Kugel.

~~AKK ablegen.~~

Kalk, den 20. 3. 49.

✓ 4



Bl. 9

10 März 1949

Dieser Abschnitt wird dem
Zahlungsempfänger ausgehändigt

200

RM

RM

von

Albert Hilbert K.G.
Uniformfabrik
(17 b) Rastatt

Bahnhofstr. 20

Konto Karlsruhe 3362

betrifft (Rechnung, Kassen-
zeichen, Buchungsnummer usw.):

14/3.

200 RM

200 RM (B/G/DEH)

KARLSRUHE (BADEN)
29.3.49
* Sch A X

14. März 1949.

ab 14/3.

Dr. H./M.
- 996 -

Firma

Albert H i l b e r t , Kom. Ges.
Textilien

R a s t a t t / Baden .

Wir nehmen Bezug auf die wiederholten Vorsprachen
des Herrn Dürr bei uns und unsere gütachtlichen Äusserungen,
Beratungen bezüglich Sitzverlegung, Bestandsmeldung und La-
stenausgleich .

Für unsere Bemühungen erlauben wir uns DM 200.-
zu liquidieren .

Mit hochachtungsvoller Begrüssung .!

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt

卷二

Heidelberg, den 14. März 1949.

Dr. H. M.

- 996 -

A k t e n n o t i z .

Konferenz mit Herrn D ü r r , der sich auch noch über Bewertungsfragen hinsichtlich der Reichsmark-Abschlussbilanz und der Steuerüberleitungsbilanz orientierte .

Ich habe Herrn Dürr ein Honorar von insgesamt RM 200.- vorgeschlagen. Er ist damit einverstanden. Dieses Honorar soll gegenüber der Firma Albert H i l b e r t in Rastatt liquidiert werden .

Official Report, Jan. 1, 1949.

Dr. J. H. ...
- 222 -

Introduction

... ..
... ..
... ..
... ..
... ..
... ..
... ..

11. März 1949

Dr.H./Kr.

Herrn
Philipp D ü r r
H e i d e l b e r g
Weberstr. 13

Sehr geehrter Herr Dürr!

Unter Bezugnahme auf Ihren gestrigen Anruf bitte ich Sie, am Montag doch nicht erst gegen Mittag, sondern etwa schon um 10.30 Uhr zu mir zu kommen, da ich um die Mittagszeit einen anderen auswärtigen Besuch erwarte. Ich hatte das übersehen, als mit Ihnen telephoniert wurde.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

(Dr.Heimerich)
Rechtsanwalt.

11. März 1949

Dr. H. V. K.

Herrn
Philipp D. H. V.
H. e. d. e. l. e. r
Weberstr. 15

Sehr geehrter Herr Herr!

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit habe ich
Sie, am Montag, doch nicht erst gegen Mittag, sondern
etwa schon um 10.30 Uhr zu mir zu kommen, da ich um die
Mittagszeit einen anderen schwerwiegenden Besuch erwartete.
Ich hatte das Vorsehen, Sie mit Ihnen telefonisch unter-
zuhalten.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

(Dr. Heidegger)
Rechtsanwalt.

4. März 1949

Dr. H./Kr.

Herrn
Philipp D ü r r
H e i d e l b e r g
Weberstrasse 13

Sehr geehrter Herr Dürr!

Wir sind Ihnen noch Antwort auf die Frage schuldig, ob bei Ihrer Firma der Warenposten, den Ihre Frau Mutter zur Abgeltung ihres Darlehensanspruches von RM 30.000.-- erhalten hat, in die Bestandsmeldung zum 20.6.1948 aufgenommen werden muss.

In Artikel IX des Gesetzes Nr. 64 zur vorläufigen Neuordnung von Steuergesetzen vom 22.6.1948 heisst es in § 2:

"Die Bestandsaufnahme hat das gesamte land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Betriebsvermögen sowie diejenigen Wirtschaftsgüter zu umfassen, die seit dem 1. Januar 1939 aus diesem Vermögen ausgeschieden sind, aber am Stichtag der Bestandsaufnahme noch zum Gesamtvermögen im Sinn des § 73 des Reichsbewertungsgesetzes der zur Bestandsaufnahme Verpflichteten und deren Angehörigen oder von Personen und deren Angehörigen gehören, die am 1. April 1948 an der zur Bestandsaufnahme verpflichteten Kapitalgesellschaft wesentlich beteiligt waren"

Stichtag war der 20.6.1948. Unter Angehörigen sind neben dem Ehegatten insbesondere Verwandte in gerader Linie zu verstehen.

Ausserdem heisst es noch in § 6 des genannten Artikels IX folgendermassen:

"Wer Wirtschaftsgüter, von denen er weiss, dass sie ein anderer nach den §§ 1 bis 5 aufzunehmen verpflichtet ist, am Stichtag der

Bestandsaufnahme im Besitz hat, muss dies unter Angabe des zur Bestandsaufnahme Verpflichteten seinem zuständigen Finanzamt innerhalb der in § 5 bezeichneten Frist melden".

Es sind zwei Fragen zu beantworten:

- a) Ist Ihre Firma meldepflichtig gewesen?
- b) War auch Ihre Frau Mutter meldepflichtig?

Zu a):

Ihre Firma war zweifellos hinsichtlich des Warenpostens, der am Stichtag Ihrer Frau Mutter gehörte, meldepflichtig. Der Warenposten ist zwar vor dem Stichtag aus dem Betriebsvermögen der Firma ausgeschieden, er hat aber am Stichtag der Bestandsaufnahme noch zum Vermögen einer mit einem Mitunternehmer in gerader Linie verwandten Persönlichkeit gehört (siehe den oben zitierten § 2).

Nach dem oben zitierten § 6 wäre die Firma, die den Warenposten am Stichtag der Bestandsaufnahme im Besitz hatte, auch dann zur Meldung verpflichtet gewesen, wenn sie wusste, dass Ihre Frau Mutter von sich aus selbständig zur Abgabe einer Bestandsmeldung verpflichtet gewesen wäre. Ob eine solche selbständige Meldepflicht Ihrer Frau Mutter bestand, erörtern wir in den folgenden Bemerkungen:

Zu b):

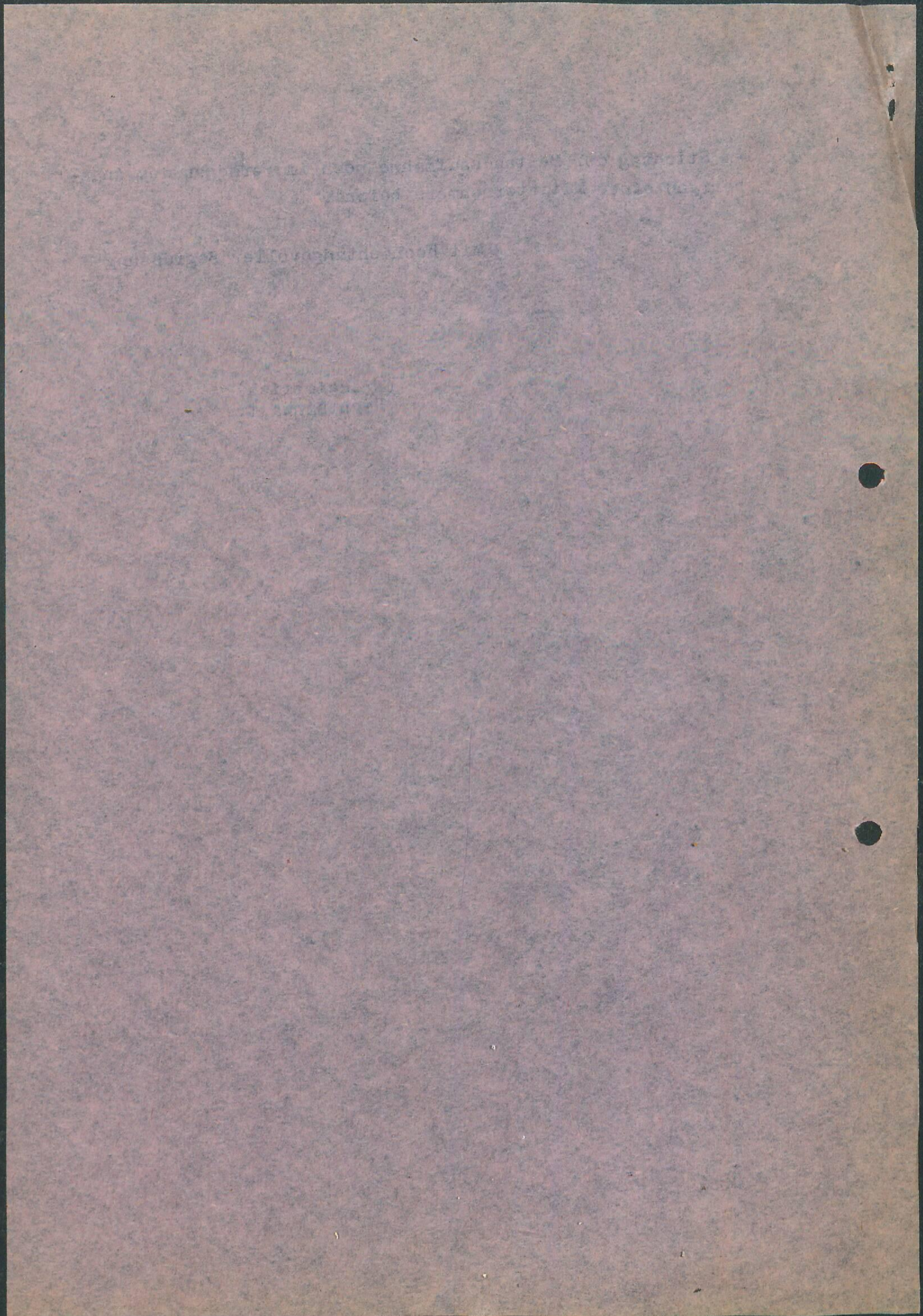
Wir sind der Auffassung, dass Ihre Frau Mutter keine selbständige Meldepflicht hatte. Der fragliche Warenposten gehörte nach der Darstellung, die Sie uns gegeben haben, zu ihrem Privatvermögen. Die Meldepflicht ist ausdrücklich beschränkt auf das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und auf das Betriebsvermögen, erstreckt sich also nicht auf das Privatvermögen.

Wir kommen also zu dem Ergebnis, dass eine Meldepflicht hinsichtlich des fraglichen Warenpostens für die Firma bestand, und zwar deswegen, weil der Warenposten in der Zeit seit dem 1.1.1939 aus dem Firmenvermögen ausgeschieden ist, sich aber

am Stichtag der Bestandsaufnahme noch im Vermögen des Angehörigen eines Mitunternehmers befand.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung!

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt.



Heidelberg, den 4. März 1949
Dr.H./Kr.

Herrn
Philipp D ü r r
H e i d e l b e r g
Weberstr. 13

E n t w u r f !

Sehr geehrter Herr Dürr!

Wir sind Ihnen noch Antwort auf die Frage schuldig, ob bei Ihrer Firma der Warenposten, den Ihre Frau Mutter zur Abgeltung ihres Darlehensanspruches von RM 30.000.-- erhalten hat, in die Bestandsmeldung zum 20.6.1948 aufgenommen werden muss.

In Artikel IX des Gesetzes Nr. 64 zur vorläufigen Neuordnung von Steuergesetzen vom 22.6.1948 heisst es in § 2:

"Die Bestandsaufnahme hat das gesamte land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Betriebsvermögen sowie diejenigen Wirtschaftsgüter zu umfassen, die seit dem 1. Januar 1939 aus diesem Vermögen ausgeschieden sind, aber am Stichtag der Bestandsaufnahme noch zum Gesamtvermögen im Sinn des § 73 des Reichsbewertungsgesetzes der zur Bestandsaufnahme Verpflichteten und deren Angehörigen oder von Personen und deren Angehörigen ~~oder~~ gehören, die am 1. April 1948 an diesem Vermögen als Mitunternehmer oder an der zur Bestandsaufnahme verpflichteten Kapitalgesellschaft wesentlich beteiligt waren".

Stichtag war der 20.6.1948. Unter Angehörigen sind neben dem Ehegatten ~~inbegriffene~~ Verwandte in gerader Linie zu verstehen.

Ausserdem heisst es noch in § 6 des genannten Artikels IX folgendermassen:

"Wer Wirtschaftsgüter, von denen er weiss, dass sie ein anderer nach den §§ 1 bis 5 aufzunehmen verpflichtet ist, am Stichtag der Bestandsaufnahme im Besitz hat, muss dies unter Angabe des zur Bestandsaufnahme Verpflichteten seinem zuständigen Finanzamt innerhalb der in § 5 bezeichneten Frist melden".

Es sind zwei Fragen zu beantworten:

- a) Ist Ihre Firma meldepflichtig gewesen,²
b) war auch Ihre Frau Mutter meldepflichtig?²

Zu a):

Ihre Firma war zweifellos hinsichtlich des Warenposten, der am Stichtag Ihrer Frau Mutter gehörte, meldepflichtig. Der Warenposten ist zwar vor dem Stichtag aus dem Betriebsvermögen der Firma ausgeschieden, er hat aber am Stichtag der Bestandsaufnahme noch zum Vermögen einer mit einem Mitunternehmer in ~~direk-~~^{gerade}ter Linie verwandten Persönlichkeit gehört (siehe den oben zitierten § 2).

Nach dem oben zitierten § 6 wäre die Firma, die den Warenposten am Stichtag der Bestandsaufnahme im Besitz hatte, auch dann zur Meldung verpflichtet gewesen, wenn sie ~~annehmen musste~~^{vermutete}, dass Ihre Frau Mutter von sich aus selbständig zur Abgabe einer Bestandsmeldung verpflichtet gewesen wäre. Ob eine solche selbständige Meldepflicht Ihrer Frau Mutter bestand, erörtern wir in den folgenden Bemerkungen.

Zu b):

Wir sind ~~nicht~~ der Auffassung, dass Ihre Frau Mutter ^{keine} selbständige Meldepflicht hatte. Der fragliche Warenposten gehörte zu ihrem Privatvermögen. Die Meldepflicht ist ausdrücklich beschränkt auf das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und auf das Betriebsvermögen, erstreckt sich also nicht auf das Privatvermögen.

Wir kommen also zu dem Ergebnis, dass eine Meldepflicht hinsichtlich des fraglichen Warenpostens für die Firma bestand, und zwar deswegen, weil der Warenposten ^{in der Zeit} seit dem 1.1.1939 aus dem Firmenvermögen ausgeschieden ist, sich aber am Stichtag der Bestandsaufnahme noch im Vermögen des Angehörigen eines Mitunternehmers befand.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung!

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt.

*Franken der Darstellung, die Sie uns
gegeben haben,*

Heidelberg, den 4. März 1949
Dr.H./Kr.

Herrn
Philipp D ü r r
H e i d e l b e r g
Weberstr. 13

E n t w u r f !

Sehr geehrter Herr Dürr!

Wir sind Ihnen noch Antwort auf die Frage schuldig, ob bei Ihrer Firma der Warenposten, den Ihre Frau Mutter zur Abgeltung Ihres Darlehensanspruches von RM 30.000.-- erhalten hat, in die Bestandsmeldung zum 20.6.1948 aufgenommen werden muss.

In Artikel IX des Gesetzes Nr. 64 zur vorläufigen Neuordnung von Steuergesetzen vom 22.6.1948 heisst es in § 2:

"Die Bestandsaufnahme hat das gesamte land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Betriebsvermögen sowie diejenigen Wirtschaftsgüter zu umfassen, die seit dem 1. Januar 1939 aus diesem Vermögen ausgeschieden sind, aber am Stichtag der Bestandsaufnahme noch zum Gesamtvermögen im Sinn des § 73 des Reichsbewertungsgesetzes der zur Bestandsaufnahme Verpflichteten und deren Angehörigen oder von Personen und deren Angehörigen ~~oder~~ gehören, die am 1. April 1948 an diesem Vermögen als Mitunternehmer oder an der zur Bestandsaufnahme verpflichteten Kapitalgesellschaft wesentlich beteiligt waren".

Stichtag war der 20.6.1948. Unter Angehörigen sind neben dem Ehegatten Verwandte in gerader Linie zu verstehen.

Ausserdem heisst es noch in § 6 des genannten Artikels IX folgendermassen:

"Wer Wirtschaftsgüter, von denen er weiss, dass sie ein anderer nach den §§ 1 bis 5 aufzunehmen verpflichtet ist, am Stichtag der Bestandsaufnahme im Besitz hat, muss dies unter Angabe des zur Bestandsaufnahme Verpflichteten seinem zuständigen Finanzamt innerhalb der in § 5 bezeichneten Frist melden".

Es sind zwei Fragen zu beantworten:

- a) Ist Ihre Firma meldepflichtig gewesen,
- b) war auch Ihre Frau Mutter meldepflichtig.

Zu a):

Ihre Firma war zweifellos hinsichtlich des Warenposten, der am Stichtag Ihrer Frau Mutter gehörte, meldepflichtig. Der Warenposten ist zwar vor dem Stichtag aus dem Betriebsvermögen der Firma ausgeschieden, er hat aber am Stichtag der Bestandsaufnahme noch zum Vermögen einer mit einem Mitunternehmer in direkter Linie verwandten Persönlichkeit gehört (siehe den oben zitierten § 2).

Nach dem oben zitierten § 6 wäre die Firma, die den Warenposten am Stichtag der Bestandsaufnahme im Besitz hatte, auch dann zur Meldung verpflichtet gewesen, wenn sie annehmen musste, dass Ihre Frau Mutter von sich aus selbständig zur Abgabe einer Bestandsmeldung verpflichtet gewesen wäre. Ob eine solche selbständige Meldepflicht Ihrer Frau Mutter bestand, erörtern wir in den folgenden Bemerkungen.

Zu b):

Wir sind nicht der Auffassung, dass Ihre Frau Mutter eine selbständige Meldepflicht hatte. Der fragliche Warenposten gehörte zu ihrem Privatvermögen. Die Meldepflicht ist ausdrücklich beschränkt auf das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und auf das Betriebsvermögen, erstreckt sich also nicht auf das Privatvermögen.

Wir kommen also zu dem Ergebnis, dass eine Meldepflicht hinsichtlich des fraglichen Warenpostens für die Firma bestand, und zwar deswegen, weil der Warenposten seit dem 1.1.1939 aus dem Firmenvermögen ausgeschieden ist, sich aber am Stichtag der Bestandsaufnahme noch im Vermögen des Angehörigen eines Mitunternehmers befand.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt.

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt am Landgericht Mannheim
und Steuerberater

Dr. Heinz G. C. Otto
Rechtsanwalt am Landgericht Heidelberg

mit abgang

HEIDELBERG, den 1. März 1949.
Büro: Neuenheimer-Landstrasse 4
Telefon 4565
Wohnung Dr. Heimerich: Moltkestr. 33a
Bankkonto: Südwestbank, Fil. Heidelberg

Dr. O./M.
- 864 -

Herrn

Philipp Dürr

Heidelberg

Weberstrasse 13

Sehr geehrter Herr Dürr !

Bei Ihrem letzten Hiersein wurde auch die Frage besprochen, ob Ihre ^{bei} Firma ~~für~~ den Warenposten, den Ihre Frau Mutter zur Abgeltung eines Darlehensanspruches von M 30.000.- erhalten hat, in die Bestandsmeldung zum 20. Juni 1948 aufgenommen werden muss. Hierzu bemerken wir, dass von dieser Bestandsaufnahme nur das Betriebsvermögen erfasst wird, ferner

- a) diejenigen Wirtschaftsgüter, die seit dem 1. Januar 1939 aus diesem Vermögen ausgeschieden sind, aber am Stichtag der Bestandsaufnahme noch zum Gesamtvermögen des zur Bestandsaufnahme Verpflichteten und seiner Angehörigen gehören, (*Remanente zu geordn. Linie*)
- b) Wirtschaftsgüter, die sich am Stichtag im Besitz des Pflichtigen befinden, ihm zwar nicht gehören, von denen er aber weiss, dass sie ein anderer aufzunehmen verpflichtet ist.

Die im Besitz Ihrer Frau Mutter befindlichen Warenposten sind zwar kein Betriebsvermögen der Gesellschaft, aber von Ihnen zu melden, da sie in der Zeit seit dem 1. Januar 1939 aus dem Betriebsvermögen der Gesellschaft ausgeschieden sind und da Ihre Frau Mutter zu den " Angehörigen " im Sinne des Gesetzes gehört; es ist nicht Voraussetzung, dass Sie mit Ihrer Frau Mutter zusammen veranlagt werden.

Weiter käme aber auch dann, wenn die Wirtschaftsgüter Ihrer Frau Mutter als fremde Wirtschaftsgüter anzusehen wären, der Fall b) in Betracht, nämlich wenn sie so umfangreich sind, dass sie die wesentliche Grundlage des Betriebs der Gesellschaft bilden oder bei Ihrer Frau Mutter als ein besonderes gewerbliches Betriebsvermögen angesehen werden müssen. *Das kann event. anders ausgelegt werden*

Wir bitten noch zu entschuldigen, dass wir wegen der Krankheit des Unterzeichneten erst heute auf diese Frage zurückkommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Rechtsanwälte

Dr. Dr. h. c. Heimerl

Dr. Otto

durch

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Dr. Dr. h. c. Heimerl
Dr. Otto

Dr. Dr. h. c. Heimerl
Dr. Otto

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt am Landgericht Mannheim
und Steuerberater

Dr. Heinz G. C. Otto
Rechtsanwalt am Landgericht Heidelberg

HEIDELBERG, den 28. Februar 1949
Büro: Neuenheimer Landstrasse 4
Telefon 4565
Wohnung Dr. Heimerich: Moltkestrasse 33a
Bankkonto: Südwestbank, Filiale Heidelberg

Dr. O./M.
- 864 -

Herrn

Philipp D ü r r

H e i d e l b e r g
Weberstrasse 13

Sehr geehrter Herr Dürr !

Bei Ihrem letzten Hiersein wurde auch die Frage
besprochen, ob Ihre Firma für den Warenposten, den Ihre
Frau Mutter zur Abgeltung eines Darlehensanspruches von
M 30.000.- erhalten hat, in die Bestandsmeldung zum 20. Juni
1948 aufgenommen werden muss. Hierzu bemerken wir, dass von
dieser Bestandsaufnahme nur das Betriebsvermögen erfasst
wird, ferner

- a) diejenigen Wirtschaftsgüter, die seit dem 1. Januar 1939
aus diesem Vermögen ausgeschieden sind, aber am Stich-
tag der Bestandsaufnahme noch zum Gesamtvermögen des
zur Bestandsaufnahme Verpflichteten und seiner Angehörigen
oder von Personen und deren Angehörigen gehören, ~~und~~
b) Wirtschaftsgüter, die sich am Stichtag im Besitz des
Pflichtigen befinden, ihm zwar nicht gehören, von denen
er aber weiss, dass sie ein anderer aufzunehmen verpflich-
tet ist.

Hieraus ergibt sich, dass eine Meldepflicht für
fremde Wirtschaftsgüter, die sich beim Betriebsinhaber befin-
den, nicht besteht, es sei denn, dass der unter b) genannte
Sonderfall vorliegt. Das Letztere würde zutreffen, wenn die
Ihrer Frau Mutter gehörigen Wirtschaftsgüter so umfangreich
sind, dass sie die wesentliche Grundlage des Betriebs der

Gesellschaft bilden oder bei Ihrer Frau Mutter als ein
besonderes gewerbliches Betriebsvermögen anzusehen sind.

Wir bitten noch zu entschuldigen, dass wir
wegen der Krankheit des Unterzeichneten erst heute auf
diese Frage zurückkommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Rechtsanwälte
Dr. Dr. h. c. Heimerich

Dr. Otto

durch:

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

*Wird hiermit als ...
...
...
...
...*

Herrn Dr. O t t o !

Ich halte Ihre Auskunft für zutreffend . Auf die Grösse des Warenbestandes kommt es m.E. nicht an . Im übrigen entfällt ja ausschliesslich die Bestandsaufnahme-pflicht auf den 21.6. , nicht aber die Anzeigepflicht für Zwecke des Lastenausgleichs , noch weniger die VSt,-Lastenausgleichspflicht usw.

gez. Dr. Meuschel .

15.2.1949

Herrn Dr. O. J. J. !

Ich habe Ihre Antwort für zufriedenstellend. In die
Gründe des Vorhandenseins kommt es nicht an. Im
Übrigen erfüllt ja ausschließlich die Bestandsaufnahme-
pflicht auf den 21.6., nicht aber die Hauptpflicht
für Zwecke des Lastenheftes, noch weniger die Vst.
Lastenheftspflicht war.

gez. Dr. Wesschei.

12.2.1949

Heidelberg, den 14. Februar 1949 Dr.O./Kr.

Betr.: Philipp D ü r r , Heidelberg -864-

A k t e n n o t i z

Herrn Dr. M e u s c h e l mit der Bitte um Prüfung und Rückäusserung

Herr Dr. Heimerich hat gegen meine Ausführungen im Schreiben vom 21.2.49 Bedenken. Auch ich bin mir meiner Sache nicht ganz sicher. Herr Dr. Heimerich meint, dass der Warenbestand, den die Mutter des Herrn Dürr erhalten hat, doch so beträchtlich sei, dass man ihn nicht ohne weiteres unter den Tisch fallen lassen könne. Ich verweise noch auf die Aktennotiz vom 11.1.49, aus der sich der Sachverhalt ergibt. Die andere, noch laufende Sache des Herrn Dürr hat mit dieser Angelegenheit nichts zu tun.

D. Vthv.

Herrn L. Otto

Ich halte Ihre Auskunft für zu treffen v.
Auf die Frage des baren Bestands kommt es
m. E. nicht an. Im übrigen entfällt ja aus-
nahmslos die Bestandsaufnahme selbst auf
den Li. G., nicht aber die Abzugspflicht für
Brocke der Lasten ausgleichs, weil wenigstens die
Hst. - Lasten ausgleichspflichtig sind. ~~Bestands~~

A. Pinnockel.

15. 2.

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt am Landgericht Mannheim
und Steuerberater

Dr. Heinz G. C. Otto
Rechtsanwalt am Landgericht Heidelberg

nicht abgelesen
(17a) HEIDELBERG, den 11. Februar 1949.

Büro: Neuenheimer Landstrasse 4

Telefon 4565

Wohnung Dr. Heimerich: Moltkestrasse 33a

Bankkonto: Südwestbank, Filiale Heidelberg

Dr. O./M.

- 864 -

Herrn

Philipp D ü r r

H e i d e l b e r g

Weberstrasse 13

Sehr geehrter Herr Dürr !

*Ferner
a.)
Fb.)*
Bei Ihrem letzten Hiersein wurde auch die Frage
besprochen, ob Ihre Firma für den Warenposten, den Ihre
Frau Mutter zur Abgeltung eines Darlehensanspruches von
M 30.000.- erhalten hat, in die Bestandsmeldung zum 20. Juni
1948 aufgenommen werden muss. Hierzu bemerken wir, dass
von dieser Bestandsaufnahme nur das Betriebsvermögen *er-*
fasst wird, *er-* sowie diejenigen Wirtschaftsgüter, die seit dem
1. Januar 1939 aus diesem Vermögen ausgeschieden sind, aber
am Stichtag der Bestandsaufnahme noch zum Gesamtvermögen
des zur Bestandsaufnahme Verpflichteten und seiner Ange-
hörigen oder von Personen und deren Angehörigen gehören.
~~Ferner sind gemäss § 6 der Bestandsaufnahmeverordnung Wirt-~~
~~schaftsgüter, die sich am Stichtag der Bestandsaufnahme im~~
~~Besitz des Pflichtigen befinden, zu melden, wenn sie dem~~
~~Pflichtigen zwar nicht gehören, er aber weiss, dass sie ein~~
~~anderer aufzunehmen verpflichtet ist.~~
von denen

Hieraus ergibt sich, dass eine Meldepflicht für
fremde Wirtschaftsgüter, die sich *bei dem Betriebsinhaber*
~~in dem Betriebsvermögen~~
~~befinden, grundsätzlich nicht besteht, es sei denn, dass~~
~~einer der Beteiligten derartige Sonderfälle vorliegen.~~ [Wirtschaftsgüter,
die einem gewerblichen Betrieb dienen, aber nicht dem Be-
triebsinhaber gehören, können in der Regel nicht dem ge-
werblichen Betrieb zugerechnet werden. Ausnahmen gelten
nur für Wirtschaftsgüter, die dem Ehegatten des Betriebs-
inhabers gehören, oder die der Betriebsinhaber, ohne dass

sie sein Eigentum sind, als ihm gehörig besitzt (Eigenbesitzer, vergl. § 11 Ziff. 4 des Steueranpassungsgesetzes) . Bei offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und ähnlichen Gesellschaften, wird sogar bei Wirtschaftsgütern, die dem gewerblichen Betrieb tatsächlich dienen, unterschieden, ob sie im Eigentum der Gesellschaft, d.h. der Gesamtheit der Gesellschafter, oder im Eigentum eines einzelnen Gesellschafters stehen . Die Letzteren sind nicht bei der Gesellschaft, sondern beim Gesellschafter selbst anzusetzen.

Da aber zum Betriebsvermögen der Kommanditgesellschaft nur die Wirtschaftsgüter gehören, die im Eigentum aller Gesellschafter stehen, sind die Wirtschaftsgüter, die im Eigentum einzelner Gesellschafter stehen, deren sonstigem Vermögen zuzurechnen. Als solches sind sie aber nicht bestandsaufnahmepflichtig, es sei denn, dass sie so umfangreich sind, dass sie die wesentliche Grundlage des Betriebs der Gesellschaft bilden und als ein besonderer gewerblicher Betrieb des Gesellschafters anzusehen und bei ihm als Betriebsvermögen anzusetzen sind.

Zusammenfassend kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Ihrer Frau Mutter gehörigen Waren sicher nicht von der Gesellschaft gemeldet werden müssen, wenn sie nur eingelagert waren. Sie haben uns seinerzeit bestätigt, dass die Firma über diese Warenbestände anderweitig nicht verfügen durfte und tatsächlich auch nicht verfügt hat. Dann entfällt die Meldepflicht.

Wir bitten noch zu entschuldigen, dass wir wegen der Krankheit des Unterzeichneten erst heute auf diese Frage zurückkommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Rechtsanwälte

Dr. Dr. h. c. Heimerich

Dr. Otto

durch:

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

24. Januar 1949

Dr. O./Sch.

- 864 -

Firma

Albert H i l b e r g
Kommanditgesellschaft
in R a s t a t t

z.Hdn.von Herrn Philipp D ü r r

H e i d e l b e r g

Weberstr. 13

Sehr geehrter Herr Dürr!

Wunschgemäss erstatten wir Ihnen ein Gutachten über die Frage der Sitzverlegung Ihrer Firma von Rastatt nach Stuttgart im Hinblick auf das neue Betriebsrätegesetz in Südbaden.

Wir gehen hierbei davon aus, dass die Betriebsstätte und die Geschäftsleitung Ihrer Firma sich in Rastatt befindet, während Sie in Stuttgart lediglich ein Vertreterbüro unterhalten.

Nach § 13 c des Handelsgesetzbuches ist die Verlegung des Sitzes einer Handelsgesellschaft im Inland beim Gericht der bisherigen Hauptniederlassung oder des bisherigen Sitzes der Gesellschaft anzumelden. Dieses Gericht hat unverzüglich von amtswegen die Sitzverlegung dem Gericht der neuen Hauptniederlassung oder des neuen Sitzes mitzuteilen. Es hat nur die förmlichen Voraussetzungen, also z.B. die Vertretungsmacht des Anmelders und Ähnliches zu prüfen. Dagegen hat das Gericht der neuen Hauptniederlassung oder des neuen Sitzes zu prüfen, ob die Hauptniederlassung oder der Sitz ordnungsmässig verlegt ist. Während bei Kapitalgesellschaften (AG. und G.m.b.H.) für den Sitz der Gesellschaft allein die Satzung massgebend ist, muss bei Einzelkaufleuten und Personalgesellschaften (OHG. und KG.) geprüft werden, ob sich an dem Sitz

auch tatsächlich der Betriebsmittelpunkt befindet, von dem aus die Verwaltung geführt wird. Der Gesellschaftsvertrag kann keinen abweichenden nominellen Sitz bestimmen (so Flechtheim in Düringer-Hachenburg Erl. 3 zu § 106 HGB.) Es kann nur Ort der Zentralleitung als Sitz angemeldet werden (so Staub HGB. Erl. 5 zu § 106). Massgebend ist der kaufmännische, nicht der technische Betrieb (so Düringer-Hachenburg Erl. 3 zu § 29 HGB). Die Geschäftstätigkeit bei der Niederlassung muss sich auf solche Geschäfte erstrecken, die das Wesen des betreffenden Unternehmens ausmachen, es darf sich also nicht bloss um Hilfgeschäfte handeln, um Geschäfte, die nur zur Vorbereitung, Vermittlung oder Ausführung der Hauptgeschäfte des Unternehmens dienen, keine Handelsniederlassungen sind, daher z.B. Warenniederlagen, Speicher, Magazine, Empfangnahme oder Aushändigungsstellen, ferner Fabrikationsstellen oder technische Büros eines kaufmännischen Unternehmens (so Düringer-Hachenburg Erl. 4 zu § 13 HGB.). Es muss sich bei der Niederlassung um einen Wirtschaftskörper handeln, der nach seiner Organisation selbständig zu arbeiten vermag, nicht bloss um das unselbständige Glied eines solchen Körpers. Hierzu ist einmal nur eine gewisse Selbständigkeit in der Betätigung nach aussen erforderlich, aber auch der innere Aufbau muss eine gewisse Selbständigkeit aufweisen. Erforderlich ist einmal das Vorhandensein einer eigenen Geschäftsorganisation, das die Niederlassung in ihrer Betätigung unabhängig von anderen Stellen macht, weiter die Ausstattung mit eigenen Betriebsmitteln, die eine von den Mitteln anderer Niederlassungen desselben Kaufmanns wirtschaftlich gesonderte Einheit bilden. Eine wirtschaftliche Unabhängigkeit ist nicht erforderlich, nur eine gewisse Trennung der Betriebsmittel. Auch gehört zur Niederlassung eine gesonderte Buchführung (so Düringer-Hachenburg Erl. 5, § 13).

Hieraus ergibt sich, dass eine bloss nominelle Sitzverlegung von Rastatt nach Stuttgart handels- und registerrechtlich nicht möglich ist. Es müsste mindestens eine gewisse Buchführung und eine selbständige Organisation

geschaffen werden und die Gesamtleitung des Unternehmens müsste von Stuttgart, nicht von Rastatt, aus erfolgen. Was die praktische Ausführung der von Ihnen geplanten Massnahme anbetrifft, so ist allerdings damit zu rechnen, dass die Prüfung durch das Registergericht in Stuttgart nicht so minutiös erfolgen wird, da ¹²alle obengenannten Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Es kann sehr wohl durch persönliche Rücksprache beim Registerrichter das eine oder andere Zweifelsmoment beseitigt werden. Zu mindest ist aber die Möglichkeit der geplanten Sitzverlegung von gewissen Imponderabilien abhängig, wenn sie von Ihnen nicht ernst gemeint ist. Man könnte immerhin pro forma eine Buchhaltung in Stuttgart errichten, die einen gewissen Anspruch als Zentralbuchhaltung erhält. Man könnte für Sie oder einen sonstigen Leiter des Unternehmens ein Privatbüro einrichten und ähnliche Massnahmen treffen, um nach aussen hin den Anschein einer Hauptniederlassung zu erwecken. Allzu tief wird die Prüfung des Registergerichts nicht eindringen, da dies technisch schon gar nicht möglich ist.

In steuerlicher Beziehung ist zu beachten, dass das für die Feststellung des Gewinns der Gesellschaft zuständige Finanzamt (das Betriebsfinanzamt) gemäss § 72 der Abgabenordnung und § 16 des Steueranpassungsgesetzes sich nach der Stätte, an der sich die Geschäftsleitung befindet, richtet. Von seiten des Finanzamts müssen Sie mit einer eingehenderen Prüfung rechnen. Ihm wird es nicht entgehen, dass sich z.B. die Zentralbuchhaltung nicht in Stuttgart befindet, denn eines Tages wird ja einmal eine Betriebsprüfung bei Ihnen stattfinden und der Prüfungsbeamte wird Einsicht in sämtliche Bücher und Belege nehmen. Was die Höhe der Einkommensteuer anbetrifft, so ist es wegen der grundsätzlich einheitlichen Steuergesetzgebung Westdeutsch-

lands im allgemeinen gleichgültig, wo sich der Sitz befindet. Hiervon abgesehen, weichen allerdings u.U. die Durchführungsbestimmungen und Erlasse der verschiedenen Finanzministerien etwas von einander ab, ebenso die Veranlagungspraxis der verschiedenen Finanzämter. Der letztere Gesichtspunkt gilt aber auch für Verlegungen innerhalb des gleichen Landes. Die Beamten eines ländlichen Finanzamtes oder des Finanzamts einer kleineren oder mittleren Stadt, wie Rastatt, werden u.U. etwas grosszügiger sein, als die Finanzbeamten einer Großstadt, wie Stuttgart, wo sich der Sitz vieler grösserer und grosser Firmen befindet und die Beamten infolgedessen auch besser geschult sind, als in der Provinz. Schliesslich ist in steuerlicher Hinsicht mit abweichenden Sätzen der Gewerbesteuer zu rechnen. Erfahrungsgemäss ist der Hebesatz für die Gewerbesteuer in einer Großstadt höher, als in einer mittleren oder Kleinstadt. Ich kenne im Augenblick die genauen Hebesätze der Städte Rastatt und Stuttgart nicht, ich bin aber überzeugt, dass sie in Stuttgart erheblich höher sind. Bei verschiedenen Betriebsstätten und Niederlassungen eines Unternehmens wird die Gewerbesteuer zwischen den betroffenen Gemeinden nach einem bestimmten Schlüssel zerlegt. Es ist also anzunehmen, dass Ihre Stuttgarter Niederlassung bereits jetzt mit der Stuttgarter Gewerbesteuer belegt wird, aber wahrscheinlich mit einem geringeren Anteil des Aufkommens, als es der Fall wäre, wenn sich die Hauptniederlassung in Stuttgart befände.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass eine Sitzverlegung Ihres Unternehmens von Rastatt nach Stuttgart gewissen Schwierigkeiten begegnen wird, die natürlich nicht unüberwindlich sind. Um aber auf das Motiv der von Ihnen beabsichtigten Sitzverlegung zurückzukommen, so wäre genau zu überlegen, ob sich eine solche Transaktion im Hinblick auf das Südbadische Betriebsrätegesetz überhaupt lohnt. Auch für Württemberg-Baden ist ein Betriebsrätegesetz erlassen, dessen Bestimmungen über die Beteiligung des Betriebsrats in wirtschaftlicher Angelegenheit^{en} allerdings durch Anordnung der Militärregierung vom 4.10.48 für vorläufig nicht anwendbar erklärt worden sind. Wie

Ihnen Herr Dr. H e i m e r i c h bereits sagte, muss aber damit gerechnet werden, dass im Laufe der Zeit auch diese Bestimmungen infolge des wachsenden Desinteresses der Militärregierung gegenüber innerdeutschen Angelegenheiten ~~in absehbarer Zeit~~ in Kraft gesetzt werden. Hierbei dürfte das Südbadische Gesetz als Vorläufer einen gewissen Einfluss haben. Wenn wir nun die Bestimmungen des Württ.-Badischen Betriebsrätegesetzes über die Beteiligung in wirtschaftlichen Angelegenheiten näher betrachten, dann zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung mit dem Südbadischen Gesetz. Auch das Württ.-Badische Gesetz sieht in § 20 die Mitwirkung des Betriebsrats bei folgenden Massnahmen vor:

1. Änderung des bestehenden Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen;
2. Aufstellung des Fabrikationsprogramms;
3. grundlegende Umstellung der Produktion;
4. Einführung neuer Fabrikations- und Arbeitsmethoden;
5. Betriebseinschränkung und Betriebsstillegung;
6. Verlegung von Betriebsteilen;
7. Zusammenschluss mit anderen Betrieben;
8. Kalkulations- und Preisgestaltung;
9. Produktions- und Absatzregelung.

Kommt allerdings in einer förmlichen Verhandlung über die geplante Massnahme mit dem Betriebsrat eine Einigung nicht zustande, dann kann der Einspruch an die Schiedsstelle nur in den Fällen Ziff. 1, 3, 4 und 5 erhoben werden, während in den übrigen Fällen offenbar der Arbeitgeber doch das letzte Wort hat. Was in dieser Beziehung das Südbadische Betriebsrätegesetz vorsieht, ist mir im Augenblick nicht ersichtlich, da mir der Gesetzestext nicht zugänglich ist. Mir ist bekannt, dass die Mitwirkung des Betriebsrats in Südbaden, was

wirtschaftliche Angelegenheiten anbetrifft, jedenfalls gewissen Einschränkungen unterworfen ist.

Wir können unsere Meinung nur wieder dahin zusammenfassen, dass sich unseres Erachtens eine Sitzverlegung im Hinblick auf die Betriebsrätegesetzgebung nicht ohne weiteres lohnen wird.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen zu der angeschnittenen Frage die erforderlichen Aufschlüsse, soweit dies möglich ist, gegeben zu haben. Zu etwaigen Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Heidelberg, 12. Januar 1949
Dr.H./HZ

Konferenz mit Herrn D ü r r,

der namens der Firma Albert H i l b e r t Kommanditges.
in Rastatt folgendes mitteilt:

- 1.) Bei der KG ist Komplementär Herr Albert Hilbert, Kommanditisten sind Herr Tobias K n a p p und der minderjährige Hans Albert H i l b e r t . Herr Dürr ist stiller Gesellschafter. Es handelt sich um eine Art stiller Gesellschaft. Am Kapital der Gesellschaft ist Herr Dürr mit 50% beteiligt, später soll er Komplementär mit einer Beteiligung von 51% werden. Die Umstellung der Einlage des Herrn Dürr ist im Verhältnis von 1 : 1 erfolgt. Einstweilen ist Herr Dürr angestellter Geschäftsführer der Firma. Herr Hilbert ist in der Firma nicht tätig. Die Firma hat ihren Sitz in Rastatt und ist dort in das Handelsregister eingetragen.
- 2.) In Südbaden ist ein Betriebsrätegesetz angenommen worden, das eine weitgehende Mitwirkung des Betriebsrats auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten vorsieht. Die französische Militärregierung hat jetzt erklärt, daß sie gegen das Gesetz keine Einwendungen erheben wird. Das Gesetz ist im Amtsblatt bereits verkündet, also in Kraft getreten. Die Firma möchte dieser wirtschaftlichen Mitbestimmung des Betriebsrates, die sich auf Kalkulation, Neuananschaffung von Produktionsmitteln, Produktionsplanung, Betriebserweiterung, -Einschränkung und ähnliche Dinge bezieht, nach Möglichkeit ausweichen und denkt deshalb daran, den Sitz der Gesellschaft von Rastatt wegzuverlegen nach einem Ort der US-Zone. Es kommt u.U. Stuttgart in Betracht, weil sich dort ein Vertreterbüro der Firma bereits befindet und die Firma überhaupt Wert darauf legt, in Stuttgart wegen der Verbindung zu Behörden ein Büro zu unterhalten.

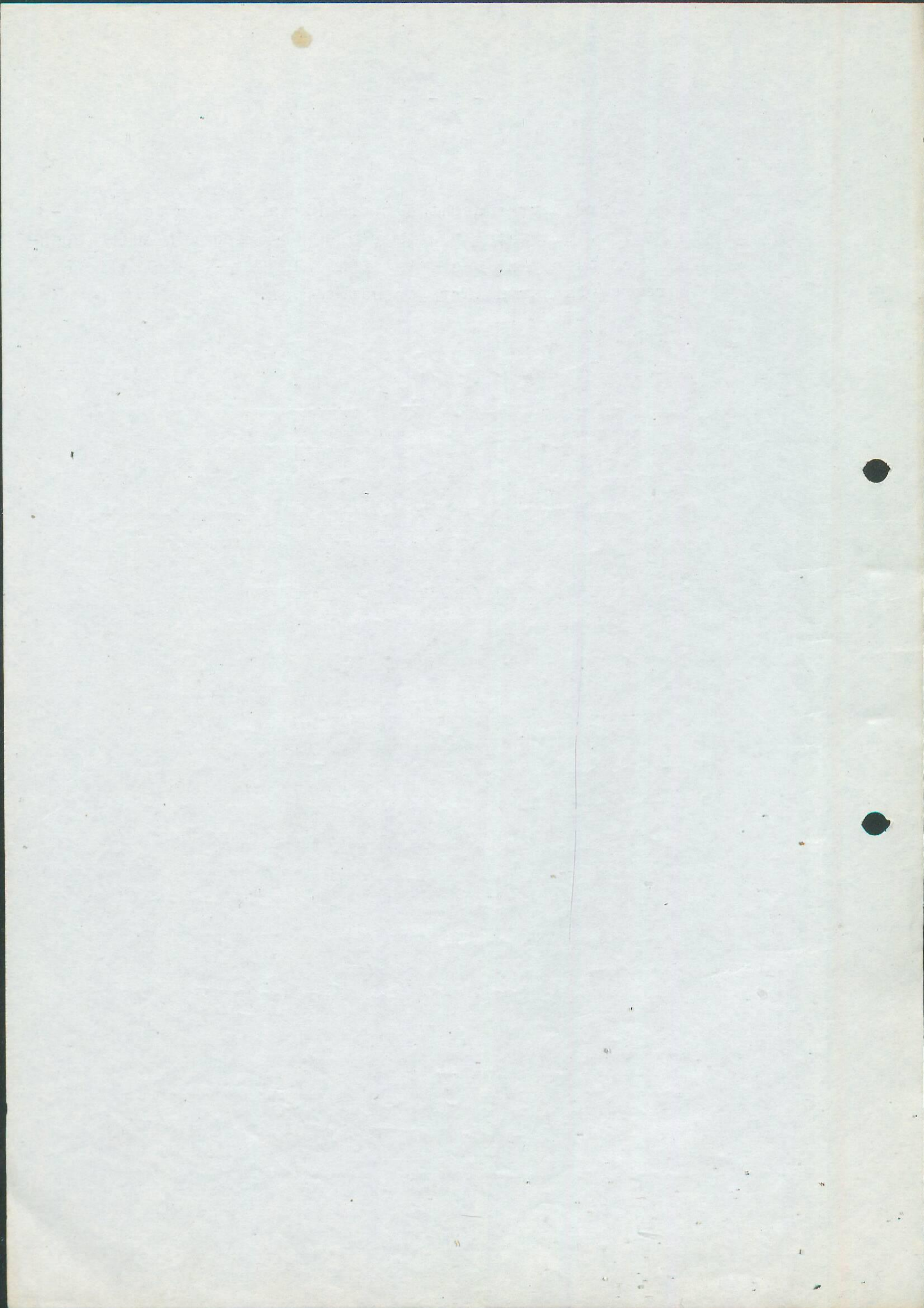
Herr Dürr wohnt in Heidelberg, Herr Hilbert sen. wohnt in Baden-Baden, nur der Kommanditist Tobias Knapp wohnt in Rastatt. Der Kommanditist hat eine geringe Beteiligung und ist im Geschäft selbst nicht tätig.

Ich habe Herrn Dürr darauf aufmerksam gemacht, daß die Regelung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts noch aussteht. Sie wird voraussichtlich durch ein trizonales Gesetz, also ein Gesetz der künftigen Bundesorgane, erfolgen. Wie diese Regelung ausfallen wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls kann die Regelung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts, wie sie jetzt in Südbaden erfolgt ist, als ein unangenehmer Schrittmacher für eine trizonale Regelung angesehen werden. Es ist also nicht sicher, ob durch eine Verlegung des Sitzes der Firma der wirtschaftlichen Mitbestimmung des Betriebsrats endgültig ausgewichen werden kann.

- 3.) Die Sitzverlegung ist unter drei Gesichtspunkten zu betrachten: Einmal sozialrechtlich, dann steuerrechtlich und schließlich handelsrechtlich. In der Einführung zu den §§ 13 bis 13b des Handelsgesetzbuchs Kommentar von Baumbach heißt es auf Seite 61:

"Jedes Handelsunternehmen braucht eine Niederlassung, eine räumliche Beziehung, von der aus es seine Geschäfte macht. Es muß notwendig eine Hauptniederlassung haben, d.h. einen Mittelpunkt seines Unternehmens, einen Punkt, von dem aus die kaufmännische Leitung ausgeht, einen Sitz, der mit dem Wohnsitz des oder der Inhaber nicht zusammenzufallen braucht."

Es müßte also tatsächlich der Mittelpunkt des Geschäfts in Stuttgart sein, wenn der Sitz dorthin verlegt werden soll. Ich habe Herrn Dürr gefragt, ob er in der Lage wäre, die Buchhaltung in Stuttgart durchführen zu lassen. Das hält Herr Dürr für schwierig. Auch könnte er selbst natürlich nur hie und da in Stuttgart sein und müßte die Hauptzeit in Rastatt im Betrieb selbst verbringen. Es ist also fraglich, ob die äußeren Merkmale dafür geschaffen werden können, daß tatsächlich Stuttgart der Mittelpunkt des Geschäftes ist.



A k t e n n o t i z .

Herr D ü r r trägt noch folgenden Sachverhalt vor :

Knapp vor Eintritt der Währungsreform , etwa Anfang Juni 1948, hat die Mutter von Herrn Dürr der Firma Albert H i l b e r t , an der Herr Dürr beteiligt ist , ein Darlehen von 75.000.- RM gegeben . 45.000.- Mk. hiervon sind der Abwertung verfallen und werden nur im abgewerteten Betrag im Verhältnis 10 : 1 zurückbezahlt . Die restlichen 30.000.- Mk wurden aber durch einen Warenverkauf der Firma Hilbert an Frau Dürr gesichert. Es sind Textilien verkauft und ordnungsgemäss in Rechnung gestellt worden . Die Waren lagerten aber weiterhin bei der Firma Hilbert und es dürfte in keiner Weise über sie anderweitig verfügt werden . Die Waren waren von dem übrigen Warenbestand völlig getrennt . Jetzt sollen die Waren an die Firma Hilbert zurückverkauft werden, und zwar ebenfalls zum Preise von 30.000.- DM.

Es taucht nun zunächst die Frage auf, wer für den Lastenausgleich zahlungspflichtig ist . Nach § 4 des ersten Lastenausgleichsgesetzes, das voraussichtlich demnächst verkündet werden wird, unterliegt der Vorauszahlungspflicht das Betriebsvermögen im Sinne der §§ 54 - 66 des Reichsbewertungsgesetzes . Als Betriebsvermögen im Sinne dieses Gesetzes gelten auch solche Wirtschaftsgüter, die Nichtbetreibenden gehören, von denen aber den Umständen nach anzunehmen ist, dass sie dazu bestimmt sind, zum Verkauf, zum Tausch oder zu ähnlichen Zwecken verwendet zu werden . Das gilt sicherlich auch für den Warenposten, den Frau Dürr erworben hat. Sie ist also lastenausgleichspflichtig hinsichtlich dieses Warenpostens im Wert von DM 30.000.- geworden. Das erscheint Herrn Dürr auch ganz passend .

Es wird also dieser Warenposten als Eigentum von Frau Dürr, das am Stichtag bestand, gemeldet werden .

Es taucht dann noch die Frage auf, ob und inwieweit eine Meldung hinsichtlich dieses Warenpostens auch in die Bestandsmeldung zum 20. Juni 1948 aufgenommen werden musste . Es gilt hier das vom Wirtschaftsrat erlassene Gesetz über die Bestandsmeldung . Ich habe das Gesetz im Augenblick nicht zur Hand. Ich werde das aber noch nachprüfen und werde Herrn Dürr näheren Bescheid geben . Es wird sich fragen, ob diese Bestandsmeldung hinsichtlich solcher Güter, die anderen gehören, nicht nur zu Kontrollzwecken erfolgen müsste .

Die Kosten in dieser Angelegenheit treffen ebenfalls die Firma Kommanditgesellschaft H i l b e r t .

Wiedervorlage sofort mit Gesetz .